

Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Köln

Werter Herr Roters,

Sie sehen sich derzeit mit heftigen Protesten konfrontiert, weil Sie bürgerschaftliche Informationsveranstaltungen in städtischen Räumen absetzen bzw. untersagen, die sich kritisch mit den Zuständen in Israel und der Kolonialpolitik dieses Staates auseinandersetzen. Sie machen geltend, dass derartige Veranstaltungen „einseitig“ seien, geeignet, „Antisemitismus“ Vorschub zu leisten und schon gar nicht ins 50. Jubiläumsjahr der deutsch-israelischen Beziehungen passten. Bei Ihren Entscheidungen haben Sie sich dem Vernehmen nach von einem Arbeitskreis Israel-Palästina in Ihrer Stadt beraten lassen, der sich fast ausnahmslos einseitig zusammensetzt und sehr einseitig die offizielle israelische Position in wesentlichen Streitfragen vertritt – die völker- und menschenrechtliche Relevanz haben und auch die deutsche Haltung zum so genannten Nahost-Konflikt betreffen. Nicht zuletzt hat wohl die Intervention des israelischen Botschafters den Ausschlag gegeben, was dieser durch Presseinterviews bestätigt hat.

Ich wiederhole, was Ihnen bereits andere MitbürgerInnen ins Stammbuch geschrieben haben: Diese Entscheidung ist antidemokratisch, opportunistisch und geeignet, genau das zu fördern, was Sie angeblich zu bekämpfen vorgeben, nämlich Antisemitismus. Sie bekämpfen nicht nur die Informationsfreiheit und ungehinderte Meinungsbildung. Indem Sie auch noch kritischen israelischen BürgerInnen und jüdischen MitbürgerInnen den Mund verbieten wollen, die sich nicht oder nicht länger durch ethnische Pauschalisierungen („Wir Juden“) für alles und jedes einspannen lassen wollen, was der Staat Israel und seine Regierungen an offensichtlichem Unrecht tun, leisten Sie rassistischen Pauschalisierungen Vorschub.

Mit Ihrer Entscheidung und ihrer Argumentation reihen Sie sich ein in die Kette von solch unverantwortlichen Fehlentscheidungen anderswo. Gleichzeitig stellen Sie sich in kompletten Gegensatz zum beherzten Verhalten politisch Verantwortlicher – auch Ihrer eigenen Partei - in anderen Kommunen und selbst der SPD-Parteizentrale.

Die Entscheidung der Kölner Stadtspitze, eine Fotodokumentation und einen Vortrag der israelischen Veteranen-/Reservistenorganisation „Breaking the Silence“ (Das Schweigen brechen) in den Räumen der Volkshochschule abzusetzen, weil sie nicht ins Jubiläumsjahr passten, ist vorgeschoben. Vor wenigen Jahren bereits sind dieselben Lobby-Kreise und Ihr grüner

„außenpolitischer“ Referent F. Wolf Sturm gelaufen gegen die weltbekannte Fotoausstellung über die „Nakhba“, die das Leid der Palästinenser von 1948 ff dokumentiert, als 700.000 Menschen im Rahmen der israelischen Staatsgründung von Terrormilizen vertrieben wurden. Begründung: „Die Darstellungen der Ausstellung seien einseitig“. Es war der Kreis Ihrer Ratgeber, der – wenn ich nicht irre – eine für letztes Jahr geplante Veranstaltung mit dem Völkerrechtler Prof. Norman Paech zur Lage in Nahost verhindern wollte (die dann doch stattfand, weil sie von der Friedensbewegung übernommen wurde). Die Verwaltungsspitze hat soeben auch noch eine im Rathaus geplante Veranstaltung mit dem israelischen Wirtschaftswissenschaftler Shir Hever ab gesetzt (die dann in der Karthäuser-Kirche stattfinden konnte). Diese Veranstaltung hat sich kritisch mit den – hier steuerrechtlich begünstigten – Aktivitäten des Jüdischen Nationsfonds auseinandergesetzt, für den zeitgleich im Rathaus mit einer Ausstellung geworben wird. Zu den herausragenden Aktivitäten des JNF gehört die Verteidigung des „jüdischen“ Bodenmonopols gegen Palästinenser und die Auslöschung der palästinensischen Siedlungsgeschichte durch Bewaldung.

Anhand dieser Beispiele stellt sich doch die Frage: Wer und was ist hier „einseitig“? Ist es nicht vielmehr so, dass jede Initiative Andersdenkender beim Thema Israel/Palästina seitens der Kölner Stadtspitze und der Mehrheit Ihrer Berater im „Arbeitskreis Israel-Palästina“ unerwünscht ist und be- bzw. verhindert wird, soweit es in der Hand der Verwaltung liegt?

Das deutsch-israelische Verhältnis muss kritisch aufgearbeitet werden. Gerade nach 50 Jahren ist eine kritische Bilanz überfällig. Sie kann und darf sich nicht in Einseitigkeit, Jubel, fortgesetzten Waffenlieferungen, und fortschreitendem „Upgrading“ Israels erschöpfen, obwohl dieser Staat gewohnheitsmäßig Völkerrecht bricht, sich unablässig kolonial erweitert und die Rechte der Palästinenser mit Füßen tritt. Das kann und darf doch nicht die Lehre aus den Naziverbrechen an den europäischen Juden sein! Doch davon sind wir leider sehr weit entfernt. Gerade in einer Zeit, wo dem palästinensischen Volk durch kolonialen Land- und Ressourcenraub und mit brutaler Gewalt jede Aussicht auf staatliche Eigenständigkeit genommen wird, wo die Weltmeinung – symbolisiert nicht zuletzt in den UNO-Beschlüssen – endlich eine gerechte Friedenslösung erwartet. Und nicht zuletzt, weil auch das „andere Israel“ sich den Pressionen einer zunehmend autoritären Regierung ausgesetzt sieht und unsere Unterstützung erwartet.

Zum Schluss noch folgende Anmerkung, Herr OB Roters. Auf meinen Reisen durch Israel/Palästina habe ich auf dem Madbasseh- Platz in der Kölner Partnerstadt Bethlehem eine Gedenkstätte mit einem Domstein entdeckt. Daneben findet sich folgende Tafel in arabischer und englischer Schrift. Hier meine Übersetzung:

Domstein aus Köln

Ein Stein vom Kölner Dom in Deutschland, der Partnerstadt von Bethlehem, wurde am 6.10.1999 hier aufgestellt. Die israelische Besatzungsmacht hat den Stein während ihres hinterhältigen Vordringens in die Geburtsstadt zwischen dem 2.4. und 10.5.2002 zerstört. Dieser Ersatzstein vom Kölner Dom wurde am 17.12.2010 eingeweiht.

Dieses Symbol unzerstörbarer Städtepartnerschaft hat mich ebenso gefreut wie meine palästinensischen Freunde. Aber dieser Domstein sticht der israelischen Besatzungs- und Kolonialmacht – wie sein Vorläufer – in die Augen. Wäre es nicht an der Zeit und im Sinne Ihres Kampfes gegen den Antisemitismus (so wie in die israelische regierungsoffizielle Propaganda und ihre Kölner Lobby versteht), diesen Gedenkstein zurückzuholen, damit er nicht länger Menschen auf

„antisemitische“ Irrwege und zu einseitigem Denken verführt? Der Dank der israelischen Regierung und ihrer Lobby wäre Ihnen gewiss.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Dierkes

Ehem. Ratsherr und Städtältester in Duisburg